

EINHEITSWÄHRUNG SCHÜTZT VOR KRISE NICHT

Euro-Lüge geplatzt

Gehaltskürzungen, neue Steuern, höheres Pensionsalter: Das alles soll gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden, damit die Finanzwelt ruhig schlafen kann.

Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien bekommen von der EU beinharte Sozialabbau-Pakete vorgeschrieben, damit der Euro nicht in Gefahr gerät. Dazu gehören Gehaltskürzungen, neue Steuern, höheres Pensionsalter.

Damit ist die Euro-Lüge geplatzt: Seit Beginn der Krise haben uns die Meinungsmacher eingeredet, dass EU und Euro uns vor der Krise schützen würden. Die Staatsbankrotte in Ungarn und Lettland wurden sogar als Beweise dafür angeführt. Verschwiegen hat man, dass die lettische Währung schon an den Euro gebunden ist. Das hat dort die Auswir-

kungen der Krise verschärft.

Jetzt ist Griechenland dran. Dahinter steckt politisches Kalkül. Es geht um die Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit all seinen Auflagen und Sanktionen, koste es, was es wolle. Am Beispiel Griechenlands demonstriert die EU, wie man Staaten zu behandeln gedenkt, die sich nicht an die Vorgaben aus Brüssel halten. Tatsächlich hat sich die EU-Kommission mit ihrem jetzigen Diktat Forderungen der Deutschen Bundesbank und der deutschen Kanzlerin gebeugt, die bereits im Dezember 2009 auf entsprechenden Maßnahmen bestanden hatten.

Griechenland wird – nach den Bestimmungen des neuen EU-Vertrages – unter Kuratel gestellt. Der Wirtschaftskurs des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist im Verfassungsrang. Man glaubt daher, die Proteste der Bevölkerung ignorieren zu können. Und die Proteste gegen das EU-Diktat sind groß. Gewerkschaften rufen zum Streik auf, Kleinbau-

ern blockieren Verkehrswege. Parteien wie die KP versuchen, den Protest zu organisieren. Sie verdienen unsere Unterstützung.

Es geht dabei nicht um irgendwelche „griechische Schlawiner“, es geht um uns. Tatsächlich ist die griechische Schuldenexplosion nicht nur Ergebnis der Weltwirtschaftskrise, sondern auch Ausdruck kontinentaler ökonomischer Kräfteverschiebungen. Die wirtschaftlichen Divergenzen in der Eurozone zwischen Nord und Süd lassen die wirtschaftspolitischen Interessen auseinanderstreben. Die Währungsunion insgesamt droht unregierbar zu werden, der Euro gerät in Gefahr. Ein Hauptgrund dafür ist, dass die Einheitswährung ausschließ-



lich den Interessen der Banken und Großkonzerne dient und keine sozialen Kriterien und Abfederungen kennt.

Die Milliarden aus den Bankenrettungspaketen werden bei der Masse der Bevölkerung eingetrieben. In diesem Zusammenhang setzt man Verschlechterungen im Sozialsystem durch, die schon lange geplant worden sind.

Wann wird das Österreich treffen? Aufhorchen lässt das Vorhaben der Regierung, den Beschluss über das Bundesbudget 2011 auf nächstes Jahr zu verschieben.

Die Euro-Lüge ist geplatzt. Die Belastung der Bevölkerung ist eine Tatsache.

EUROFIGHTER-KLUB

Trotz Sparprogramm soll Griechenland weiter aufrüsten. Deutschland drängt Athen zum Kauf von Kampfflugzeugen. Griechenland soll Kampfflieger vom Typ Eurofighter kaufen, die von einem Rüstungskonsortium mit Sitz in Hallbergmoos (Bayern) hergestellt werden. Außenminister Westerwelle verlangte Anfang Februar bei einem Besuch in Athen, die dortige Regierung solle sich ungeachtet ihrer akuten Finanznot für den Eurofighter entscheiden.

Zur Erinnerung: Der EU-Vertrag enthält eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedsstaaten.



Trifft nur die Allerreichsten (2%)
Schafft Arbeit und Wohlstand
Schützt gegen Belastungspakete
Hilft die Löcher im Budget zu stopfen

